

Das Land zusammenhalten: mit klimaneutralem Wohlstand, Gerechtigkeit, Sicherheit

1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023

Bad Vilbel

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 17.06.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Das Land zusammenhalten: mit klimaneutralem Wohlstand, Gerechtigkeit, Sicherheit

Antragstext

- 1 Deutschland steht im Juni 2023 gut da: Gemessen an den erheblichen
- 2 Herausforderungen der letzten Monate ist es uns – Gesellschaft, Wirtschaft und
- 3 Politik – gelungen, die Energieversorgung sicherzustellen, die Wirtschaft durch
- 4 den Winter zu bringen und den sozialen Zusammenhalt zu erhalten. Wir haben als
- 5 GRÜNE in der Bundesregierung den maßgeblichen Beitrag dafür geleistet, die
- 6 Aufgaben zu bewältigen, vor die uns die Auswirkungen des russischen
- 7 Angriffskriegs auf die Ukraine als Gesellschaft gestellt haben. Wir übernehmen
- 8 Verantwortung und finden mit Pragmatismus und Tatkraft Wege, um die
- 9 Energieversorgung unseres Landes zu sichern und soziale Härten abzufedern.
- 10 Gleichzeitig mussten wir mit Kohle und Atomkraft vorübergehend auch Technologien
- 11 länger nutzen, die wir aus guten Gründen lieber gestern als morgen hinter uns
- 12 lassen wollen. Das haben wir getan, um die Versorgung zu sichern. Denn:
- 13 Verantwortung zu übernehmen, heißt für uns, auch schwierige Entscheidungen zu
- 14 treffen und Kompromisse zu finden, die für den Zusammenhalt nötig sind.
- 15 Und große Herausforderungen bleiben weiter bestehen: Nach langen Jahren des
- 16 Stillstands müssen wir in hohem Tempo unseren Wohlstand neu begründen:
- 17 klimaneutral. Wir müssen mit einer Infrastruktur für 100% Erneuerbare die
- 18 Voraussetzungen für gute Jobs schaffen, für bezahlbare Energie für alle, für die
- 19 Industrie von heute und morgen. Dafür müssen wir jetzt investieren. Die US-
- 20 Regierung unter Joe Biden hat mit dem Inflation Reduction Act auch Deutschland
- 21 und Europa ein Beispiel gegeben: wie mit kraftvoller Politik die Wende gelingen
- 22 kann. Diese Herausforderung nehmen wir an. Dafür brauchen wir jetzt umfassende
- 23 Investitionen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand zu sichern.
- 24 Dieser Winter hat klar gezeigt, dass Deutschland 100% Erneuerbare braucht: für
- 25 sicheren und billigen Strom aus Sonne und Wind – und um uns unabhängig zu machen
- 26 von Autokraten und Despoten wie Wladimir Putin. Er hat auch gezeigt, dass wir
- 27 Sicherheit, im Inneren wie im Äußeren, nicht als Selbstverständlichkeit
- 28 hinnehmen können. Und er hat gezeigt, was möglich ist, wenn wir zusammenstehen
- 29 und gemeinsam anpacken.
- 30 Dieser Winter hat unsere Gesellschaft als Ganzes herausgefordert. Und sie hat
- 31 diese Herausforderung angenommen: Private Haushalte und Unternehmen haben in
- 32 ungeahntem Ausmaß Energie gespart. Die Gesellschaft hat sich nicht spalten

lassen. Die Einschnitte aber, die viele angesichts der steigenden Energiepreise und der Inflation trotz staatlicher Hilfen hinnehmen mussten, waren und sind schmerzhaft.

Wir wollen ein Land gestalten, in dem sich die Menschen nicht darum sorgen müssen, wie sie die Heizrechnung bezahlen und das Essen auf den Tisch stellen. Das gilt besonders für Familien: Zusammenhalt kann nicht erwachsen, wenn Kinder aus dem sozialen Leben ausgeschlossen werden, weil sich ihre Eltern die Fußballschuhe oder das Geschenk zum Kindergeburtstag nicht leisten können. Deswegen treiben wir die Einführung einer Kindergrundsicherung mit Nachdruck voran. Damit Familien sorgen- und angstfreier leben können, es benachteiligten Kindern besser geht und verdeckte Armut abgebaut wird, weil alle die Unterstützung erhalten, auf die sie einen Anspruch haben.

Die großen Aufgaben unserer Zeit packen wir jetzt an und verlieren niemanden aus dem Blick, denn wir haben gesehen, dass wir gemeinsam Krisen überwinden können: Aus Zusammenhalt wächst Zuversicht.

Zusammenhalt gründet auf klimaneutralem Wohlstand. Schon heute basieren viele unternehmerische Erfolgsgeschichten auf nachhaltigem Wirtschaften. Sie sind Teil einer Wirtschaft, zu der auch energieintensive Industrien gehören, die wir heute und in Zukunft brauchen. Auch sie haben sich auf den Weg zu einer nachhaltigen Arbeitsweise gemacht. Wenn wir jetzt die Weichen stellen, wenn wir auf Innovation und Erfindungsreichtum setzen, können wir daraus noch mehr gerechten Wohlstand von morgen machen. Denn nur durch 100% Erneuerbare Energien bleiben wir wettbewerbsfähig und erfolgreich. Viele Unternehmen und Unternehmer*innen gehen gerade jetzt voran, stellen ihre Produktionen um, setzen auf neue Technologien und haben gleichzeitig das Wohl ihrer Mitarbeiter*innen im Blick. Wir unterstützen diese Entwicklung durch eine gute Politik. Wir schaffen Planungssicherheit. Wir bauen die Infrastruktur, damit Menschen und Unternehmen klimaneutralen Wohlstand schaffen können. Gleichzeitig schaffen wir verlässliche Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge: Von der Kita bis hin zur Feuerwehr und Polizei. Wir sorgen dafür, dass die Sicherung und Erneuerung des Wohlstands allen zugutekommt.

Zusammenhalt entsteht vor Ort: wo Menschen zusammen leben und arbeiten, sei es auf dem Dorf oder in den Wohnvierteln, in Fabrik und Büro, auf dem Bauernhof oder im Laden um die Ecke. Wir machen Politik, damit Lebensqualität erhalten bleibt und neue entsteht, damit Menschen Rückhalt finden und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können.

Für die Menschen wirtschaften

Die Wirtschaft in Deutschland befindet sich im Wandel. Sie wird klimaneutral Wertschöpfung generieren und die Potenziale der Digitalisierung nutzen. Der Staat unterstützt sie dabei, den Prozess positiv zu gestalten und damit im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. Er sorgt angesichts der sich verändernden technologischen Grundlagen für die nötige Infrastruktur, verbindliche Standards und eine verlässliche Planungsgrundlage für die Umstellung auf 100% erneuerbares Wirtschaften. Nur wir alle zusammen, der Staat,

77 die Unternehmen und die Menschen können das Ziel des klimagerechten Wohlstands
78 gemeinsam erreichen. Das setzen wir in dieser Regierung um: So schaffen wir die
79 Voraussetzungen und den Spielraum für unternehmerisches Handeln heute und in der
80 Zukunft – und für dauerhaften Wohlstand, der allen zugutekommt.

81 Wirtschaft muss den Mensch im Mittelpunkt haben: erfüllende und gut bezahlte
82 Arbeit ermöglichen, Wohlstand erzeugen und die natürlichen Lebensgrundlagen
83 bewahren. Klimagerechte Innovationen sind eine Grundlage für die krisenfeste
84 Zukunft von morgen und bieten Chancen für alle. Beim Recycling von Baustoffen,
85 beim Einbau von Wärmepumpen, in der Entwicklung von Stromspeichern, beim Aufbau
86 intelligenter Stromnetze, oder beim Bau neuer Züge können Millionen moderner,
87 gut bezahlter Jobs gesichert werden oder neu entstehen. Wir wollen diese Chancen
88 nutzen und die Voraussetzungen für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne
89 schaffen. Diese anstehenden Veränderungen gestalten wir ökologisch und sozial.

90 Einiges dafür ist schon getan: Mit der Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns
91 auf 12 Euro haben wir eine Gehaltserhöhung von fast 6 Millionen Beschäftigten in
92 Deutschland erreicht und den ausgeprägten Niedriglohnsektor in Deutschland
93 deutlich reduziert. Der Schutz durch einen Tarifvertrag für gute
94 Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung muss darüber hinaus für viel mehr
95 Beschäftigte zur Realität werden. Mit einem Bundestariftreuegesetz wollen wir
96 daher einen Tarifvertrag zur Voraussetzung bei der öffentlichen Auftragsvergabe
97 machen. Auch Streiks während eines Arbeitskamps sind ein legitimer Weg, um
98 faire Löhne durchzusetzen, wenn Verhandlungen stocken. Das Streikrecht darf
99 deshalb nicht eingeschränkt werden. Eine starke betriebliche Mitbestimmung ist
100 unerlässlich, damit Beschäftigte ihren Arbeitsplatz und die Zukunft ihrer
101 Unternehmen aktiv mitgestalten können. Mitbestimmung im Betrieb ist auch ein
102 Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Deshalb stärken wir Betriebsräten
103 gesetzlich den Rücken und wollen Praktiken unterbinden, die die Gründung und
104 Arbeit von Betriebsräten behindern. Für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen
105 und Männern fordert uns die EU-Lohntransparenzrichtlinie zum Handeln auf. Wir
106 wollen sie zügig in deutsches Recht umsetzen, um die ungleiche Verteilung von
107 Einkommen und in Folge auch Vermögen entlang der Geschlechtergrenzen zu
108 verringern.

109 Denn die Transformation der Wirtschaft wird von Menschen getragen, von ihrem
110 Einsatz und Erfindungsgeist. Dafür brauchen wir mehr Fachkräfte. Ein Baustein
111 der Fachkräftesicherung ist eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik. Sie kann
112 bspw. in Krisenzeiten durch Kurzarbeitergeld Arbeitslosigkeit verhindern, gibt
113 Beschäftigten Sicherheit und fördert bei Bedarf wichtige Qualifizierungen. Für
114 einen guten Übergang innerhalb der Arbeitswelt braucht es bessere Umstiegswege.
115 Sicherheit entsteht dadurch, dass Menschen sich auf neue berufliche
116 Herausforderungen, auch in anderen Sektoren, vorbereiten können, ohne aus ihrem
117 Arbeitsverhältnis auszuschneiden. So fördern wir gute Arbeit und verhindern
118 Arbeitslosigkeit, bevor sie entsteht. Deswegen schaffen wir ein
119 Qualifizierungsgeld, das Beschäftigten die Möglichkeit gibt, zusammen mit ihren
120 Kolleginnen und Kollegen berufliche Kompetenzen für neue Aufgaben in ihrem
121 Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus setzen wir uns weiter für die Einführung

122 der Bildungszeit ein, die Arbeitnehmer*innen eine bezahlte Freistellung zu den
123 Konditionen des Kurzarbeitergeldes für eine Weiterbildung ermöglicht, aber bspw.
124 auch, um ein Studium oder eine Ausbildung nachzuholen. Der Meisterbrief sollte
125 wie ein Studium kostenfrei werden. Und wir drängen weiter auf Strukturreformen
126 des BAföG und des Aufstiegs-BAföG, damit von der Erzieher*in in Ausbildung bis
127 zur Schreiner-Gesell*in in der Meisterausbildung alle, die sie brauchen, eine
128 soziale Unterstützung für ihren Bildungsweg bekommen. Mit der
129 Ausbildungsgarantie unterstützen wir alle jungen Menschen auf dem Weg zum
130 Berufsabschluss.

131 Neben der Aus- und Weiterbildung wollen wir durch eine bessere Vereinbarkeit mit
132 den Lebensumständen insbesondere Frauen ermöglichen, ihre Arbeitszeit
133 auszuweiten. Viele Frauen möchten gerne mehr arbeiten, werden aber durch die
134 Rahmenbedingungen daran gehindert. Hier liegt das größte kurzfristige Potenzial,
135 Fachkräfte zu gewinnen. Dazu gehört neben verlässlicher Kinderbetreuungs- und
136 Pflegeinfrastruktur das Ende der negativen Erwerbsanreize u.a. durch die
137 Lohnsteuerklassen 3 und 5. Zudem soll durch den Abbau der Minijobs und die
138 Überwindung der sogenannten Teilzeitfalle die sozialversicherungspflichtige
139 Beschäftigung von Frauen erhöht werden.

140 Mit einem modernen Einwanderungsrecht schließlich steigen wir endlich in den
141 globalen Wettbewerb um Fachkräfte ein. Arbeitskräfte aus dem Ausland sollen sich
142 einfacher auf dem Arbeitsmarkt bewerben können. Die Berufserfahrung aus dem
143 Ausland wird besser berücksichtigt und die Anerkennung von Qualifikationen
144 erleichtert. Wir führen eine Chancen-Karte ein, mit der Menschen zur
145 Arbeitsplatzsuche zu uns kommen können. Familienfreundliche Regelungen sind
146 dabei ein Muss. Auch mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht haben wir schon einen
147 wichtigen Beitrag gegen den Arbeitskräftemangel geleistet. Viele bislang nur
148 geduldete Menschen erhalten damit die Perspektive auf ein dauerhaftes
149 Bleiberecht, um hier leben und arbeiten zu können.

150 All das sind entscheidende Beiträge gegen den Arbeits- und Fachkräftemangel,
151 eines der größten Risiken für unseren Wohlstand.

152 **Infrastruktur für klimaneutralen Wohlstand schaffen**

153 Arbeitskraft, Unternehmergeist und Innovationen können ihre Potenziale nur
154 entfalten, wenn die materiellen Grundlagen gegeben sind. Ein zentraler Baustein
155 ist eine sichere, souveräne und verantwortungsvolle Rohstoffversorgung der
156 Industrie. Diese muss auf verschiedenen Säulen basieren, um zu hohe
157 Abhängigkeiten von einzelnen Handelspartnern zu reduzieren und vor
158 Lieferengpässen zu wappnen. Vorschläge dafür hat das
159 Wirtschaftsministerium vorgelegt. Diese werden nun konsequent umgesetzt.

160 Durch den Ausbau zukunftsfähiger Infrastruktur gewährleisten wir die
161 langfristige Energiesicherheit, die Unternehmen dringend brauchen. So sichern
162 wir die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts – und damit den Wohlstand des Landes
163 und gute Jobs. Dabei spielt die Wasserstoffwirtschaft eine entscheidende Rolle.
164 In der Industrie wird grüner Wasserstoff vorrangig für die klimaneutrale
165 Produktion von Grundstoffen wie Stahl- oder Chemieerzeugnissen benötigt, deren

166 Herstellung nicht elektrifiziert werden kann. Mit einem Gesetz zur Schaffung
167 eines Wasserstoff-Kernnetzes schaffen wir einen wichtigen Schritt zur
168 Neuausrichtung der Energieversorgung unserer Industrie. Außerdem haben wir
169 sichergestellt, dass die neu gebauten Flüssiggasterminals spätestens ab dem Jahr
170 2043 nur noch zur Anlandung von klimaneutralem Wasserstoff genutzt werden.

171 Wir fördern gezielt die Erforschung und Produktion von Zukunftstechnologien und
172 sorgen dafür, dass die Weiterentwicklung und Herstellung von wichtigen
173 Bausteinen für die Wirtschaft wie Computerchips, Wärmepumpen und Batteriezellen
174 in Europa einen attraktiven Standort finden. Damit schaffen wir das Fundament
175 für unseren wirtschaftlichen Wohlstand und garantieren unsere Unabhängigkeit in
176 Schlüsseltechnologien. Viele dieser Schlüsseltechnologien aber haben wir schon
177 heute zur Hand. Sie sind das Ergebnis von Forschung und Innovation vieler
178 Jahrzehnte. Wir müssen die Entwicklungsschritte von der Erfindung über die
179 Qualifizierung einer neuen Technik und die Prototypenphase bis zur Marktreife
180 zusammendenken: Technologie ernst zu nehmen, heißt auch, sie einzusetzen, wenn
181 sie einen Beitrag zum Leben der Menschen und zur Erhaltung unserer
182 Lebensgrundlagen liefern kann. Es ist jetzt auch die Verantwortung des Staates,
183 dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft die Früchte moderner Technologien wie
184 Wärmepumpen, Solarzellen und Batteriespeichern ernten kann. Dazu muss er einen
185 Beitrag leisten, damit sie schnell und zuverlässig zum Einsatz kommen.

186 Zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung für morgen erreichen wir mit der
187 Umstellung auf 100% erneuerbare Quellen. Dazu beschleunigen wir den Ausbau bei
188 Wind und Sonne auf Rekordtempo. Die Einführung intelligenter Stromzähler trägt
189 dazu bei, den Stromverbrauch zu optimieren und die Netzstabilität zu
190 gewährleisten, indem sie Echtzeitinformationen über den Stromverbrauch liefern.
191 Sie dient als Grundlage für flexible, günstige Strompreise, die den Verbrauch in
192 Zeiten geringer Nachfrage fördern. Zusammen mit der Planungsbeschleunigung für
193 Windkraft und Übertragungsnetze sowie deren besserer Verbindung mit den
194 Nachbarländern sichern wir die preiswerte Energieversorgung auf Dauer ab. Mit
195 diesem verlässlichen und günstigen Strom können Heizungen und Fahrzeuge
196 preiswert betrieben werden. Die dafür notwendigen Investitionen werden wir für
197 alle solidarisch ermöglichen.

198 Durch die Einführung eines Industriestrompreises für energieintensive Prozesse,
199 der an den Ausbau der Erneuerbaren Energien gekoppelt ist, wollen wir
200 Unternehmen bei der Gestaltung einer klimaneutralen Produktion unterstützen und
201 sichern Arbeitsplätze in Deutschland. Hierfür wollen wir der Industrie den
202 Zugang zu klugen Instrumenten erleichtern, wie etwa Power-Purchasing-Agreements
203 (PPAs) zwischen Unternehmen und den Erzeugern von erneuerbarer Energie, oder
204 Klimaschutzverträgen, die Preisschwankungen abfedern. Bis diese Instrumente
205 greifen, benötigt die energieintensive Industrie für die Übergangszeit einen
206 Brückenstrompreis in fester Höhe, der aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds
207 finanziert wird und an klare Verpflichtungen zum Standorterhalt, Tariftreue und
208 Transformation der Produktion geknüpft ist. Mit diesem Brückenstrompreis lassen
209 wir die positiven Effekte der Erneuerbaren schon heute wirksam werden: Günstigen
210 Strom, von Sonne und Wind, stellen wir für den Übergangszeitraum mit staatlicher

211 Hilfe sicher. So wirkt der grüne Aufbruch in klimagerechten Wohlstand schon
212 heute. Allgemein gilt für staatliche Förderung: Dort, wo der Staat
213 richtigerweise unterstützt, ist es richtig, dass er auch Ziele und
214 gemeinwohlorientierte Konditionen definiert.

215 Für eine erfolgreiche Wirtschaft ist auch eine leistungsfähige und klimaneutrale
216 Transportinfrastruktur essenziell. Wir sorgen dafür, dass unsere Infrastruktur
217 nach Jahren der Vernachlässigung und der Sparprogramme endlich den dringend
218 notwendigen Investitionsschub erhält. Dazu gehören die Sanierung maroder Brücken
219 sowie die Reaktivierung und Modernisierung von Bahnstrecken. Dabei
220 berücksichtigen wir bereits heute die Lieferketten von morgen. In unseren Häfen
221 bauen wir Landstromanlagen und Betankungsanlagen für grüne Treibstoffe auf, um
222 eine klimaneutrale Schifffahrt zu gewährleisten. Durch den schnellen Aufbau
223 einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für E-LKW wollen wir eine beschleunigte
224 Dekarbonisierung der Logistik ermöglichen. Hier brauchen wir mehr Tempo.

225 Wir schaffen jetzt die Rahmenbedingungen für eine zukunftsgerichtete
226 Digitalwirtschaft: sicher, innovativ und regelbasiert. Denn eine starke Branche,
227 in der Wirtschaft, Wissenschaft und Start-up-Szene gut vernetzt arbeiten können,
228 beschleunigt Innovationen. Wir wollen Deutschland schnell und erfolgreich zu
229 einer Gigabit-Wirtschaft und -Gesellschaft entwickeln. Mit dem Start zum Aufbau
230 des Dateninstituts haben wir bereits einen Grundstein dafür gelegt.
231 Datenverfügbarkeit und Datennutzung stoßen in Deutschland zum Teil noch auf hohe
232 Hürden und Hindernisse. Das Dateninstitut wird Daten im Sinne des Gemeinwohls
233 besser verfügbar und nutzbar machen.

234 **Wohlstand vor Ort befördern**

235 Konkret wird Politik dort, wo Menschen zusammen leben und arbeiten. Hier
236 entsteht Zusammenhalt, hier entsteht Wohlstand.

237 Erneut spielt die Wirtschaft eine entscheidende Rolle. Deshalb stärken wir die
238 Wirtschaft vor Ort. Das Hauptaugenmerk legen wir auf die Unterstützung des
239 Mittelstands: Kleine und mittlere Unternehmen sind Wirtschaftsmotor, treibende
240 Kräfte bei Innovationen und spielen durch langfristige Unternehmensstrategien
241 und soziale Verankerung oft eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt einer
242 Region. Mittelständische Unternehmen wollen wir durch einen serviceorientierten
243 und unbürokratischen Staat unterstützen, der die Gründungskultur unterstützt und
244 nicht behindert. Vor allem aber wollen wir einen Staat, der Innovation in
245 lokalen Kontexten fördert und ermöglicht: Mit der in Gründung befindlichen DATI,
246 der Agentur für Transfer und Innovation, stärken wir die Zusammenarbeit von
247 Hochschulen, kleinen und mittleren Unternehmen und der Zivilgesellschaft, die
248 vor Ort Innovationen in die Praxis bringen. Damit bilden wir regionale
249 Wirtschaftsräume und gestalten die Zusammengehörigkeit.

250 Das bilden wir auch in der Wirtschaftsförderung ab. Unter Federführung des
251 Wirtschaftsministeriums haben wir eine grundlegende Reform der
252 Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur (GRW) umgesetzt und das für
253 die Strukturpolitik zentrale Förderinstrument endlich zeitgemäß aufgestellt.
254 Damit werden Fördergelder für strukturschwache Regionen nun wesentlich gezielter

255 an Unternehmen ausgeschüttet, die einen regionalen Fokus haben und regionale
256 Wertschöpfungsketten bilden. Regionale Wertschöpfung, Transformationsprozesse
257 hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft, Aspekte guter Arbeit
258 wie auch die regionale Daseinsvorsorge werden nun berücksichtigt. Damit können
259 Potenziale sogenannter strukturschwacher Regionen effektiver gehoben werden: ein
260 entscheidender Schritt zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

261 **Zusammenhalt vor Ort ermöglichen**

262 Nicht nur die Sicherung und Erneuerung unseres Wohlstandes, sondern auch soziale
263 Sicherheit, verlässliche Gesundheitsversorgung und eine hohe Lebensqualität sind
264 Bedingungen für Zusammenhalt. Die Aussicht auf eine faire, diskriminierungsfreie
265 gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe für alle ist dafür Voraussetzung.
266 Dazu gehört eine materielle Absicherung, ebenso wie soziale und kulturelle
267 Infrastruktur.

268 Demografischer Wandel, medizinischer Fortschritt und auch der Klimawandel sind
269 Herausforderungen für Gesundheit und Pflege. Verlässliche und qualitativ gute
270 Gesundheitsversorgung und Pflege sind für viele Menschen ein Gradmesser für das
271 Funktionieren unseres Gemeinwesens und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
272 Leistungseinschränkungen und eine Privatisierung der Gesundheitsrisiken stehen
273 diesen Zielen entgegen. Deshalb treten wir für eine stabile und solidarische
274 Finanzierung von Pflege und Gesundheit ein. Wir haben eine umfassende
275 Krankenhausreform gestartet, die die Zukunft der stationären Versorgung gerade
276 auch in ländlichen Räumen sichert, Qualität stärkt und ökonomische Fehlanreize
277 beseitigt. Bei der Pflege haben wir erste Verbesserungen insbesondere für
278 pflegende Angehörige und für die Pflege im Quartier durchgesetzt. Weitere
279 Schritte müssen folgen, denn 4 von 5 Pflegebedürftigen werden zuhause gepflegt,
280 oft von Familienangehörigen. Pflegende Angehörige sind eine zu häufig
281 unsichtbare Säule unseres Gesundheitssystems. Wir wollen sie noch stärker
282 unterstützen, denn niemand darf arm davon werden, sich um seine Liebsten zu
283 kümmern.

284 Wir wollen starke Länder und Kommunen, die wir mit den großen Herausforderungen
285 nicht im Stich lassen dürfen. Statt am Sozialen zu sparen, brauchen wir
286 Investitionen in den sozialen Zusammenhalt vor Ort, um eine belastbare soziale
287 Infrastruktur und Daseinsvorsorge für alle Menschen zu sichern. Mit dem
288 Deutschlandticket sind wir einen wichtigen Schritt gegangen, um Mobilität
289 einfach und bezahlbar zugänglich zu machen. Nun gilt es, die Qualität der
290 Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum zu erhöhen und damit das Leben in
291 den Regionen konkret weiter zu verbessern. Bezahlbares Wohnen, eine
292 verlässliche, gut erreichbare Gesundheitsversorgung und nachhaltige Pflege,
293 gerechte Bildungschancen und hochwertige Betreuung, aber auch die Vielfalt an
294 kulturellen Einrichtungen und nach menschlichen Bedürfnissen gestalteten
295 öffentlichen Räumen schaffen Zusammenhalt und Lebensqualität für alle. Orte der
296 Begegnung, an denen zivilgesellschaftliche Gruppen, junge und ältere Menschen
297 sich jenseits ihrer Wohnung aufhalten können, Gemeinschaft leben, erleben und
298 frei gestalten können, sind wichtige Faktoren für den Zusammenhalt vor Ort. Sie
299 bieten Anknüpfungspunkte für bürgerschaftliches Engagement, das unverzichtbar

300 ist für unsere Demokratie. Mit dem Demokratiefördergesetz unterstützen wir den
301 Einsatz all derer, die sich täglich in Initiativen, Verbänden und Vereinen für
302 unsere Demokratie, für ein lebendiges, menschliches Miteinander und die Vielfalt
303 vor Ort einsetzen.

304 Das Ehrenamt braucht mehr Wertschätzung und Dank für die vielen Dienste und
305 Leistungen für unsere Gesellschaft. Wir wollen ehrenamtliche Tätigkeit besser
306 unterstützen und freiwilliges Engagement aktiv stärken. Dafür wollen wir wo
307 nötig z.B. Freistellungsregelungen angleichen und großzügiger ausgestalten. Wer
308 sich engagiert, darf keine Nachteile haben, im Gegenteil: Wertschätzende
309 Maßnahmen, z.B. die Einführung von Ehrenamtskarten, fördern wir aktiv.
310 Freiwilligendienste wollen wir attraktiver gestalten, indem sie auch in Teilzeit
311 geleistet werden können, die Taschengeldobergrenze angehoben wird und
312 Mobilitätskosten erstattet werden.

313 Zusammenhalt entsteht auch da, wo Menschen gemeinsam freiwillig für alle
314 anpacken. In Deutschland engagieren sich rund 1,8 Millionen Menschen
315 ehrenamtlich im Zivil- und Katastrophenschutz. Sie leisten Hilfe bei
316 Katastrophen oder Unfällen. Die Freiwilligen Feuerwehren gewährleisten, dass
317 flächendeckend und insbesondere im ländlichen Raum schnell und jederzeit Hilfe
318 zur Verfügung steht. Die Belastungen sind besonders angesichts der wachsenden
319 Herausforderungen durch Extremwetterereignisse enorm. Wir stärken das Ehrenamt
320 in Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen. Deshalb wollen wir die Ausrüstung
321 modernisieren. Dazu zählen moderne Liegenschaften, Fahrzeuge sowie eine gute
322 Ausstattung mit persönlicher Schutzkleidung.

323 Neben einer starken sozialen Infrastruktur vor Ort geht es andererseits darum,
324 die materiellen Grundlagen für Teilhabe an der Gesellschaft zu schaffen, gerade
325 in Zeiten hoher Lebenshaltungskosten. Mit umfangreichen Entlastungen und den
326 Energiepreisbremsen haben wir viele Familien in Deutschland konkret unterstützt.
327 Wir haben aber nicht nur kurzfristig mit verschiedenen Einmalzahlungen
328 entlastet, sondern setzen auch strukturelle, langfristige Reformen um, die
329 Deutschland gerechter machen und besser vor Krisen schützen. Mit der Einführung
330 des Bürgergeldes haben wir endlich Hartz IV abgelöst. Das Bürgergeld bedeutet
331 mehr soziale Sicherheit, besseren Schutz vor steigenden Preisen und ist eine
332 Weiterbildungsoffensive, die dauerhafte Perspektiven auf Beschäftigung schafft.

333 Daran arbeiten wir nun mit der Kindergrundsicherung weiter: In Deutschland lebt
334 seit Jahren kaum verändert jedes 5. Kind in Armut. Das hat gravierende Folgen
335 für ihre Bildungschancen, ihre Möglichkeiten, Talente zu entwickeln, und steht
336 einem möglichst unbeschwerten Kinderleben mit vielen Freunden im Weg.
337 Kinderarmut raubt Kindern Lebenschancen und dem Land Zukunftschancen.

338 Wir wollen alle Kinder nach ihren Bedürfnissen gut unterstützen, Familien, die
339 in verdeckter Armut leben, endlich erreichen und eine leistungsstarke,
340 verlässliche Absicherung für Kinder und ihre Familien aufbauen. Mit der
341 Kindergrundsicherung aus dem Familienministerium schützen wir vor Armut und
342 schaffen bessere Chancen für Kinder und Jugendliche. Wir machen die
343 Unterstützung für Kinder gerechter, einfacher und zugänglicher. Aus kompliziert
344 wird einfach, aus ungerecht wird gerecht. Wir investieren darin, dass alle

345 Kinder ausreichend finanziell abgesichert sind, um an Bildung teilzuhaben. Mit
346 der Kindergrundsicherung wachsen die Chancen der Kinder, der Jugendlichen und
347 der Wirtschaft.

348 Das Wissen um eine sicher bezahlbare Wohnung an dem Ort, wo man verwurzelt ist,
349 ist ein wesentlicher Faktor für gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt.
350 Doch angesichts der steigenden Mieten müssen viele Menschen um bezahlbares
351 Wohnen fürchten. Mit der größten Wohngeldreform in der Geschichte Deutschlands
352 haben seit diesem Jahr dreimal so viele Haushalte Anspruch auf eine
353 durchschnittlich doppelt so hohe Unterstützung wie bisher. Denn für uns ist
354 klar: Wohnen ist ein Menschenrecht, eine zentrale soziale Frage und muss für
355 alle bezahlbar sein. Wir wollen daher den Mieterschutz stärken und den sozialen
356 und gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Wir wollen die Mietpreisbremse
357 verlängern und verschärfen, die Kappungsgrenze absenken, den Kündigungsschutz
358 stärken und qualifizierte Mietspiegel einführen. Darüber hinaus setzen wir uns
359 dafür ein, Indexmieten zu begrenzen, die in Zeiten hoher Inflation zu hohen
360 zusätzlichen Belastungen der betroffenen Mieter*innen führen.

361 Wir wollen mehr öffentliche Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und legen
362 hier ein besonderes Augenmerk auf den Einsatz erneuerbarer Energie zur
363 langfristigen Versorgung mit bezahlbarem Strom. Neben Mitteln für die soziale
364 Wohnbauförderung wollen wir die Neue Wohngemeinnützigkeit auf den Weg bringen,
365 ein zweites großes Förderprogramm für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Damit
366 fördern wir auch unter aktuell schwierigen Rahmenbedingungen neue
367 Bauaktivitäten, stärken die Regionen und schaffen dauerhaft bezahlbaren
368 Wohnraum.

369 **Zusammenhalt in Sicherheit entfalten**

370 Zusammenhalt vor Ort kann sich nur in Sicherheit entfalten: Das Vertrauen aller
371 Bürger*innen in die Fähigkeit des Staates, Sicherheit zu gewährleisten – am
372 Bahnhof, auf dem Land ebenso wie in der Innenstadt – ist eine entscheidende
373 Grundlage für das Funktionieren unseres demokratischen Gemeinwesens.

374 Eine präsente und ansprechbare Polizei ist hierfür notwendig, eine Polizei, die
375 von überall erreichbar ist. Dafür sind eine gute personelle Ausstattung und gute
376 Ausbildung notwendig. Der demographische Wandel macht auch vor der Polizei nicht
377 Halt. Daher müssen wir alles daran setzen, den Polizeiberuf attraktiv zu
378 gestalten. Dafür braucht es flexiblere Arbeitsmodelle und gute
379 Entwicklungsmöglichkeiten für Polizist*innen. Wir wollen eine
380 Diversitätsoffensive und werben dafür, dass sich die Vielfalt unserer
381 Gesellschaft in der Polizei noch stärker widerspiegelt. Außerdem wollen wir den
382 Frauenanteil innerhalb der Polizei weiter erhöhen. Quereinstiegsmöglichkeiten
383 müssen geschaffen werden. Die Anzahl an Überstunden wollen wir reduzieren.

384 Damit sie Sicherheit für die Bürger*innen bieten kann, braucht die moderne
385 Polizei attraktive Arbeitsbedingungen, moderne Fahrzeuge und Ausstattung sowie
386 IT. Wir sorgen für zuverlässige und starke Investitionen, insbesondere in die
387 Liegenschaften. Vor allem aber kann die Polizei vor Ort nur dann zur Sicherheit
388 beitragen, wenn sie das Vertrauen aller Bürger*innen genießt und transparent

389 agiert. Wir wollen deshalb das Instrument des unabhängigen Polizeibeauftragten
390 stärken und ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass flächendeckend
391 entsprechende Stellen eingerichtet werden und schaffen eine entsprechende Stelle
392 auf Bundesebene. Die Polizeibeauftragten sollen für Bürger*innen und
393 Polizist*innen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Rechtsextreme und
394 Verfassungsfeinde müssen konsequenter und zügiger als bisher aus
395 Sicherheitsbehörden entfernt werden.

396 Schwere und Organisierte Kriminalität (OK) stellt eine Gefahr besonders für
397 lokale Wirtschaftskreisläufe dar – sie bringt Korruption und Gewalt mit sich.
398 Ihr Einfluss sorgt dafür, dass soziale, ökologische und wirtschaftliche
399 Standards unterlaufen werden. Lautere Geschäftsleute werden so verdrängt. Wir
400 wollen die Bekämpfung dieser Kriminalitätsformen zu einem Schwerpunkt machen und
401 die Kriminalpolizei sowie Justiz besser ausstatten.

402 Politisch motivierte Kriminalität und Hasskriminalität steigen seit Jahren stark
403 an und zeigen sich besonders häufig gegenüber Menschen, die sich für die
404 Gesellschaft vor Ort engagieren und Flagge zeigen für Demokratie und ein
405 solidarisches Miteinander. Gerade auf kommunaler Ebene haben Angriffe auf Amts-
406 und Mandatsträger*innen sowie Menschen, die sich für eine offene und liberale
407 Gesellschaft engagieren, besonders zugenommen. Besonders häufig sind davon
408 Frauen, queere Menschen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte betroffen.
409 Antisemitische Gewalt nimmt ebenfalls erschreckend zu. Diese Entwicklung besorgt
410 uns sehr. Sie schwächt den Zusammenhalt, indem sie wichtige Stimmen aus der
411 Öffentlichkeit verdrängt. Unsere Solidarität gilt allen Opfern und Betroffenen
412 von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und deren Angehörigen. Wir
413 wollen, dass in allen Bundesländern Beratungs- und Ansprechstellen zur Verfügung
414 stehen und bedrohte Menschen sicher sein können, dass alle Polizeidienststellen
415 ihnen zuverlässig zur Seite stehen und Schutz bieten. In Sachsen hat die
416 Justizministerin beispielsweise eine Zentrale Ansprechstelle für Opfer von
417 Rechtsextremismus und Antisemitismus bei der Generalstaatsanwalt geschaffen.

Tagesordnung



1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 04.05.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 1 Formalia

Antragstext

- 1 TOP 1 Formalia
- 2 TOP 2 Das Land zusammenhalten: mit klimaneutralem Wohlstand, Gerechtigkeit,
- 3 Sicherheit

Tagesordnung



1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.06.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 1 Formalia

Antragstext

- 1 TOP 1 Formalia
- 2 TOP 2 Das Land zusammenhalten: mit klimaneutralem Wohlstand, Gerechtigkeit,
- 3 Sicherheit
- 4 TOP 3 Verschiedenes

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union



1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 07.06.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Verschiedenes

Antragstext

1 Migration ist eine Konstante menschlicher Gesellschaften. Sie ist und war stets
2 Triebfeder für Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von
3 Austausch und Innovation, aber auch von Leid und Verlust. Ob sie freiwillig
4 geschieht oder erzwungen wird, aus Furcht um das eigene Leben geschieht oder auf
5 der Suche nach einer guten Zukunft – sie ist eine Gestaltungsaufgabe für die
6 Politik. Sie bietet Chancen und bringt Herausforderungen mit sich. Wir stellen
7 uns dieser Aufgabe. Wir buchstabieren aus, wie wir die Lage von Migrant*innen
8 und Geflüchteten verbessern und die aufnehmenden Städte und Kommunen
9 wirkungsvoll entlasten können.

10 Aktuell sind wir in unserer unmittelbaren Nachbarschaft mit der größten
11 Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert: Der völkerrechtswidrige
12 Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Millionen Menschen aus ihrer Heimat
13 vertrieben. Viele Menschen haben Zuflucht auch in Deutschland gefunden.
14 Gleichzeitig kommen auch wieder viele Menschen aus anderen Ländern nach Europa
15 und suchen Schutz vor Verfolgung und Krieg, die größten Gruppen aus Syrien und
16 Afghanistan.

17 Bund, Länder und Kommunen – nicht zuletzt aber auch unzählige Freiwillige –
18 haben in einem gemeinsamen Kraftakt geflüchtete Menschen aufgenommen und
19 versorgt. Allen, die mit großem persönlichen Einsatz zum Gelingen dieser
20 riesigen Herausforderung beigetragen haben, danken wir. Unsere Aufgabe ist es
21 nun, langfristige und zuverlässige Lösungen zu finden. In vielen Städten und
22 Kommunen ist Wohnraum knapp, Lehrkräfte und Kinderbetreuungsplätze fehlen oder
23 die Mitarbeitenden in den Behörden sind überlastet. Wir wollen diesen
24 Herausforderungen mit wirksamen Ansätzen begegnen.

Entlastungen vor Ort schaffen, Integration fördern

26 Kommunen und Städte tragen die größte Verantwortung bei der Versorgung und
27 Unterbringung geflüchteter Menschen. Hier findet Integration konkret statt. Hier
28 entscheidet sich die Erlebbarkeit, dass diese Aufgabe leistbar ist. Wir stehen
29 bei der Bewältigung der Aufgaben für eine faire Lastenverteilung zwischen Bund,
30 Ländern und Kommunen. Dabei ist für uns zentral, dass die Kommunen
31 Planungssicherheit haben. Wir wollen, dass der Bund sich zuverlässig und
32 solidarisch an der Finanzierung beteiligt. Daher braucht es langfristige
33 Finanzausgaben. Das gilt insbesondere für die Kosten der Integrationsmaßnahmen

und der Unterbringung. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Mittel auch dort ankommen, wo sie benötigt werden – nämlich vordringlich in den besonders belasteten Kommunen und Städten. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass dauerhaft Unterbringungsplätze vorgehalten werden, um bei Bedarf handlungsfähig zu sein, denn Gründe für Flucht werden uns auch in der Zukunft dauerhaft begleiten. Kurzfristig muss der Bund den Kommunen wo möglich unter die Arme greifen, indem er Liegenschaften des Bundes zur Verfügung stellt. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf kleinere und dezentrale Unterkünfte, in denen Teilhabe und Integration besser möglich ist. Menschen, die bereits Familienangehörige oder andere Anknüpfungspunkte haben, sollen bei ihnen oder in deren Nähe unterkommen können. Hierfür bedarf es gesetzlicher Änderungen. Damit entlasten wir den Wohnungsmarkt und fördern die Integration von Beginn an.

Für uns steht eine echte Integrationsoffensive im Zentrum unseres politischen Handelns. Wir investieren in Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt und stellen dadurch sicher, dass Migrant*innen sich schnell bei uns einleben und Geflüchtete schnell Teil der Gesellschaft werden. Für einen schnellen Zugang zu Integrations- und Sprachkursen müssen diese flächendeckend angeboten werden können. Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an Integrationskurse in den Blick, indem wir beispielsweise Kinderbetreuung anbieten und damit auch betreuenden Eltern die Teilnahme ermöglichen. Erst-Orientierungskurse müssen in ausreichender Zahl angeboten werden. Den wachsenden Bedarf an Schul- und Kitaplätzen zu decken, ist eine große Aufgabe für alle politischen Ebenen. Wir wollen an einer guten Ausstattung mit Lehrer*innen und Assistenzkräften, die als Sprach- und Integrationsmittler*innen unterstützen, arbeiten. Mit dem Kita-Qualitätsgesetz unterstützen wir seitens des Bundes die Kommunen. Einen frühzeitigen Zugang zum Gesundheitswesen wollen wir unbürokratisch gewährleisten. Solange dies noch nicht erfolgt ist, könnte zunächst an die positiven Erfahrungen einiger Länder angeknüpft werden, die eine Gesundheitskarte für Asylbewerber*innen eingeführt haben. So entlasten wir die Behörden und stärken die medizinische sowie psychotherapeutische Versorgung. All das kostet Geld, doch dieses Geld ist gut investiert und trägt dazu bei, dass Geflüchtete kürzer auf Sozialleistungen angewiesen sind und schneller erfolgreich am Arbeitsmarkt teilhaben können.

Moderne Strukturen für ein modernes Einwanderungsland und einen zukunftsfesten Arbeitsmarkt

Deutschland ist ein Einwanderungsland und sucht händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Egal ob in der Industrie, der Wissenschaft, im Gesundheitswesen oder der Gastronomie. Wir ermöglichen Zuwanderung gerade in diesen Branchen und stärken so unseren Wirtschaftsstandort. Gleichzeitig wollen die meisten Geflüchteten arbeiten, dürfen es aber nicht. Das wollen wir ändern. Für die Wahrung unseres Wohlstands und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, gerade auch der vielen mittelständischen Unternehmen in Deutschland, liegt hier erhebliches Potenzial, das wir heben wollen und müssen. Hinzu kommt: Ein frühzeitiger Zugang zum Arbeitsmarkt sichert Teilhabe, fördert Integration und sorgt dafür, dass Menschen einen eigenen Beitrag zur Deckung ihrer

79 Lebenshaltungskosten leisten können. Deshalb wollen wir Arbeitsverbote aufheben.
80 Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen und beruflichen Erfahrungen
81 wollen wir vereinfachen und beschleunigen, Unterstützungs- und
82 Qualifizierungsangebote ausweiten. Den sogenannten Spurwechsel in die
83 Arbeitsmigration wollen wir vereinfachen. Das neu eingeführte Chancen-
84 Aufenthaltsgesetz ist beispielgebend, weitere Reformen müssen folgen. Mit der
85 Novelle des Staatsangehörigkeitsgesetzes sowie dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz
86 gehen wir in der Bundesregierung weitere bedeutende Schritte.

87 Eine wichtige Ressource zur Entlastung der Verwaltung liegt in der Vereinfachung
88 von Verfahren. Indem wir sie modernisieren, entbürokratisieren, digitalisieren
89 und zwischen Bundesländern angleichen, sparen wir unnötige Arbeit ein und
90 schaffen dadurch zusätzliche Kapazitäten. Gleichzeitig helfen wir den
91 Schutzsuchenden: Sie bekommen schnell Gewissheit. Ein wichtiger Schlüssel dafür
92 liegt in der Verlängerung der Geltungsdauer für Visa zur Erwerbs- und
93 Bildungsmigration sowie der Dauer von Aufenthaltserlaubnissen. Darüber hinaus
94 müssen die Einwanderungs- und Ausländerbehörden sowie andere
95 Verfahrensbeteiligte, z.B. Verwaltungsgerichte, personell besser aufgestellt und
96 mit zusätzlichen Mittel ausgestattet werden.

97 **Sichere Wege für Flucht und Migration schaffen**

98 Wir wollen sichere und legale Wege zur Arbeitsmigration und Flucht stärken. Wir
99 setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit
100 Staaten außerhalb der EU, die vor allem Wege zur Bildungs- und Arbeitsmigration
101 eröffnen. Dafür werden wir auch die gesetzlichen Grundlagen der Visavergabe
102 modernisieren und vereinfachen. Das schafft Planbarkeit – für die Betroffenen
103 ebenso wie für die Kommunen, ihre Behörden und die Menschen vor Ort.

104 Den Familiennachzug wollen wir stärken, vereinfachen und beschleunigen. Damit
105 tragen wir dem im Grundgesetz verankerten besonderen Schutz der Familie Rechnung
106 und fördern durch stabile Familienverhältnisse die Integration. Unserer
107 besonderen Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften sowie besonders
108 gefährdeten Afghan*innen und ihren Familien werden wir durch humanitäre Aufnahme
109 und konsequente Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms gerecht. Sie sind auf
110 Grund ihrer Arbeit etwa für die Bundeswehr, internationale Organisationen oder
111 ihres Einsatz für Menschenrechte in Gefahr. Es ist am Bundesinnenministerium
112 dafür zu sorgen, dass die Sicherheitsinterviews nun aufgesetzt werden, damit das
113 Bundesaufnahmeprogramm schnellstmöglich wieder aufgenommen wird.

114 Wir setzen auf eine Politik der Humanität und Ordnung. Mit tragfähigen
115 Migrationsabkommen, die legale Wege der Zuwanderung aufzeigen, soll auch die
116 Rücknahmebereitschaft in den Herkunftsländern erhöht werden. Denn nicht jeder
117 Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Aber jeder Mensch, der bei uns Schutz
118 sucht, hat Anrecht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller
119 Prüfung. Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen
120 Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht
121 erhalten hat, muss zügig wieder ausreisen – sofern dem keine
122 Abschiebehindernisse entgegenstehen. Dabei setzen wir vorrangig auf die
123 freiwillige Rückkehr. Eine unverhältnismäßige Verschärfung von Abschiebe- und

124 Abschiebehaftregeln lehnen wir ab. Der fortlaufenden Unsicherheit und
125 Perspektivlosigkeit durch Kettenduldungen stellen wir uns entgegen. Menschen,
126 die bereits in der Gesellschaft verwurzelt sind, müssen eine Chance auf ein
127 dauerhaftes Bleiberecht bekommen.

128 Das Konzept der sicheren Herkunftstaaten finden wir falsch, denn es löst keine
129 Probleme. Was hilft, ist alle Asylverfahren zu beschleunigen und die Qualität
130 der Entscheidungen zu verbessern. Staaten, die den EU-Beitrittskandidatenstatus
131 erhalten haben und deutliche Fortschritte bei Menschenrechten und
132 Rechtsstaatlichkeit machen, können besonders betrachtet werden. Wir werden nicht
133 mitmachen, wenn Staaten, die systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen,
134 als sicher eingestuft werden sollen. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als
135 sichere Herkunftsstaaten lehnen wir ab.

136 Den Rufen nach einer stetigen Ausweitung von stationären Kontrollen an den
137 Binnengrenzen stellen wir uns entschieden entgegen. Sie stehen dem Schengener
138 Abkommen entgegen. Ein Europa ohne Schlagbäume ist ein wesentlicher Grundpfeiler
139 der europäischen Idee. Binnengrenzkontrollen behindern die Freizügigkeit und
140 verursachen enorme wirtschaftliche Schäden. Gerade für die Menschen in den
141 Grenzregionen stellen die Kontrollen und damit verbundenen Staus eine enorme
142 Belastung dar, ebenso wie für die eingesetzten Polizist*innen. Gleichzeitig sind
143 sie völlig ungeeignet, die Zahl der Asylanträge zu reduzieren, da Schutzsuchende
144 nicht zurückgewiesen werden dürfen.

145 **Ein starkes und solidarisches Europa der Menschenrechte**

146 Europa ist stark, wenn wir gemeinsam und solidarisch handeln. Wir treten für
147 eine europäische Politik ein, die den Schutz von Menschen und ihren Rechten in
148 den Vordergrund stellt. Dafür ist es notwendig, dass wir mit einem
149 funktionierenden Kompass in der EU für unsere europäischen Werte streiten.

150 Dazu gehört es auch, die Ursachen für Flucht und Vertreibung anzugehen. Wir
151 verfolgen eine Außenpolitik, die Diplomatie und Prävention von Konflikten in den
152 Mittelpunkt stellt. Wir orientieren uns an den Bedürfnissen von Menschen, die
153 wegen Konflikten oder Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen. Die meisten von
154 ihnen suchen Schutz in ihrem eigenen Land oder in Nachbarstaaten. Hier muss
155 Europa handeln. Eine effektive und gut ausgestattete humanitäre Hilfe,
156 Krisenprävention und Stabilisierung sind ebenso ein Schlüsselfaktor wie
157 Entwicklungszusammenarbeit und die geregelte Aufnahme der verletzlichsten
158 Gruppen. So können wir verhindern, dass Menschen sich auf gefährliche
159 Fluchtrouten und in die Hände von Menschenschmugglern begeben müssen.

160 Eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit kann einen Beitrag dazu leisten,
161 Gesellschaften zu stabilisieren und Menschen eine wirtschaftliche und soziale
162 Perspektive in ihrer Heimat zu geben. Sie an die Kooperation bei
163 Migrationsfragen zu knüpfen, verspricht keinen Erfolg. Wir lehnen dies ab.

164 Aktuell sind geflüchtete Menschen sehr ungleich auf die Mitgliedsstaaten
165 verteilt. Deutschland leistet einen wesentlichen Anteil bei der Versorgung und
166 Unterbringung von Geflüchteten. Wir treten für eine faire und gesteuerte
167 Verteilung der Menschen auf die Mitgliedstaaten ein. Dafür ist es unerlässlich,

168 dass es keine Lösung zu Lasten der besonders betroffenen Mitgliedsstaaten, wie
169 insbesondere von Mittelmeeranrainerstaaten gibt. Fortschritte für ein
170 funktionierendes Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) sind dringend
171 notwendig, auch um die katastrophale humanitäre Situation an den Außengrenzen zu
172 verbessern. Eine Reform muss sich daran messen lassen, ob sie konkrete und
173 relevante Verbesserungen für die geflüchteten Menschen bringt und im Einklang
174 mit unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer
175 Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention und der UN-
176 Kinderrechtskonvention steht. Eine Folgenabschätzung sollte daher Bestandteil
177 der Reformen sein. Für uns ist klar: Es darf keine Einigung um jeden Preis
178 geben.

179 **Den Schutz von Geflüchteten in den Mittelpunkt**

180 Eine faire und gesteuerte Verteilung kann nur gelingen, wenn Menschen
181 zuverlässig bei der Einreise registriert werden. Wir müssen wissen, wer zu uns
182 kommt. Damit verhindern wir auch, dass Menschen ausgebeutet und entrechtet
183 werden. Eine Verteilung von Geflüchteten kann nur funktionieren, wenn sich
184 einzelne Mitgliedstaaten nicht einfach entziehen können. Dazu gehört auch, dass
185 Verfahren fair und zügig durchgeführt, menschenrechtskonforme Lebensbedingungen
186 sichergestellt und unkontrollierten Weiterreisen in andere europäische Länder
187 vorgebeugt werden. Alle Mitgliedsstaaten müssen ihren fairen Beitrag leisten.
188 Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation.
189 Mitgliedsstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt
190 aber auch für ihre Verantwortung in die Pflicht genommen werden. Die
191 Finanzierung der libyschen Küstenwache, die sich an Menschenrechtsverstößen und
192 an Schlepperei beteiligt, muss ein Ende finden.

193 Die im Rahmen der GEAS-Reform geplante Verschärfung von Grenzverfahren an den
194 Außengrenzen sehen wir kritisch. Wir nehmen jedoch zur Kenntnis, dass sie für
195 einen relevanten Teil der Mitgliedsstaaten in der EU Voraussetzung sind, um über
196 Verbesserungen, z.B. einen funktionierenden Solidaritätsmechanismus zur
197 Verteilung von Geflüchteten in Europa, verhandeln zu können. Eine Reform sollte
198 einen wirksamen Hebel gegenüber Mitgliedstaaten darstellen, die grundlegende
199 menschenrechtliche Verpflichtungen bei Asylverfahren bislang nicht einhalten.
200 Der immer stärkere Ausbau der Grenzanlagen kann keine Lösung sein. Der Ausbau
201 trägt nicht dazu bei, dass weniger Geflüchtete in die EU kommen, denn Zäune
202 können Geflüchtete nicht abweisen – sie haben ein Recht auf ein
203 rechtsstaatliches Verfahren.

204 Wir stehen für eine individuelle und inhaltliche Prüfung des Rechts auf Asyl in
205 der EU – unabhängig davon, auf welchem Weg das Verfahren durchgeführt wird. Die
206 unabhängige, frühzeitige und kostenlose Rechtsberatung muss gewährleistet und
207 ausgebaut werden, damit Geflüchtete ihre Rechte kennen und durchsetzen können.
208 Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Kinderrechtskonvention müssen
209 vollständig eingehalten werden. Familien mit minderjährigen Kindern,
210 alleinreisende Kinder sowie vulnerable Gruppen wie, Menschen mit Behinderungen,
211 Schwangere oder LSBTIQ müssen besonderen Schutz erfahren. Die Ausweitung der
212 sicheren Drittstaaten finden wir falsch. Menschen, die über einen Drittstaat in

213 die EU einreisen, dürfen nicht einfach zurückgeführt werden, gerade wenn sie
214 keine klare Verbindung, wie z.B. berufliche oder familiäre Bezüge, zu diesem
215 Land haben und nicht sichergestellt werden kann, dass sie in Sicherheit sind.

216 **Das Leid an den Außengrenzen beenden**

217 Die aktuelle Situation an den Außengrenzen ist nicht akzeptabel. Unser Ziel ist
218 es daher, das Leid schnellstmöglich zu beenden. Wir nehmen nicht hin, dass
219 Menschen und insbesondere Kinder unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lager
220 verharren und keinen Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren haben. Die Versorgung
221 mit medizinischen Gütern, psychologischer Betreuung und Lebensmitteln sowie der
222 Zugang zu Rechtsberatung müssen stets sichergestellt sein. Hilfs- und
223 Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den Geflüchteten und
224 den Grenzregionen. Der illegalen Praxis von Pushbacks muss entschieden begegnet
225 werden. Wir fordern die Europäische Kommission auf, gegenüber Mitgliedstaaten
226 einzuschreiten, die diese rechtswidrige Praxis anwenden. Gleichzeitig muss ein
227 wirksames, unabhängiges Menschenrechtsmonitoring dazu beitragen, dass
228 rechtsfreie Räume an den Grenzen in Europa der Vergangenheit angehören. Die
229 umfassende parlamentarische Kontrolle der EU-Agenturen und der
230 Finanzierungsinstrumente für die externe Migrationspolitik müssen sichergestellt
231 sein.

232 Wir wollen die europäische Seenotrettung stärken und das Sterben im Mittelmeer
233 beenden. Jedes Jahr sterben Hunderte Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu
234 überqueren. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Seenotrettung ist eine
235 völkerrechtliche Pflicht. Wir treten weiter für eine zivile, flächendeckende und
236 europäische Seenotrettung ein. Die europäischen Staaten sind gemeinsam dafür
237 verantwortlich, dass zivile Seenotrettungsorganisationen gefahrlos ihre Einsätze
238 absolvieren können. Durch die Behinderung ihrer Arbeit, lange Fahrtwege und
239 Spendeneinbrüche stehen die Seenotrettungsorganisationen auch finanziell unter
240 Druck. Deswegen treten wir – neben unserem Einsatz für die Organisation einer
241 staatlichen Seenotrettung – für die Verbesserung der staatlichen Unterstützung
242 ziviler Organisationen ein. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den
243 nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und
244 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht verhindert
245 und Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Die von Seenotrettungsschiffen
246 aufgenommenen Menschen müssen die Möglichkeit auf eine faire Überprüfung ihres
247 Schutzanliegens haben.

Begründung

Hinweis: In Anbetracht der laufenden Verhandlungen zur GEAS-Reform wird der Bundesvorstand ggf. Aktualisierungen in Form von Änderungsanträgen vornehmen.

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 17.06.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Verschiedenes

Antragstext

- 1 Migration ist eine Konstante menschlicher Gesellschaften. Sie ist und war stets
- 2 Triebfeder für Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von
- 3 Austausch und Innovation, aber auch von Leid und Verlust. Ob sie freiwillig
- 4 geschieht oder erzwungen wird, aus Furcht um das eigene Leben geschieht oder auf
- 5 der Suche nach einer guten Zukunft – sie ist eine Gestaltungsaufgabe für die
- 6 Politik. Sie bietet Chancen und bringt Herausforderungen mit sich. Wir stellen
- 7 uns dieser Aufgabe. Wir buchstabieren aus, wie wir die Lage von Migrant*innen
- 8 und Geflüchteten verbessern und die aufnehmenden Städte und Kommunen
- 9 wirkungsvoll entlasten können.
- 10 Aktuell sind wir in unserer unmittelbaren Nachbarschaft mit der größten
- 11 Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert: Der völkerrechtswidrige
- 12 Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Millionen Menschen aus ihrer Heimat
- 13 vertrieben. Viele Menschen haben Zuflucht auch in Deutschland gefunden.
- 14 Gleichzeitig kommen auch wieder viele Menschen aus anderen Ländern nach Europa
- 15 und suchen Schutz vor Verfolgung und Krieg, die größten Gruppen aus Syrien und
- 16 Afghanistan.
- 17 Bund, Länder und Kommunen – nicht zuletzt aber auch unzählige Freiwillige –
- 18 haben in einem gemeinsamen Kraftakt geflüchtete Menschen aufgenommen und
- 19 versorgt. Allen, die mit großem persönlichen Einsatz zum Gelingen dieser
- 20 riesigen Herausforderung beigetragen haben, danken wir. Unsere Aufgabe ist es
- 21 nun, langfristige und zuverlässige Lösungen zu finden. In vielen Städten und
- 22 Kommunen ist Wohnraum knapp, Lehrkräfte und Kinderbetreuungsplätze fehlen oder
- 23 die Mitarbeitenden in den Behörden sind überlastet. Wir wollen diesen
- 24 Herausforderungen mit wirksamen Ansätzen begegnen. Auf eine europäische Lösung
- 25 können und wollen wir dabei nicht warten. Auch bessere Bedingungen in anderen
- 26 EU-Staaten tragen dazu bei, dass weniger Menschen zu uns kommen müssen. Dafür
- 27 treten wir ein.
- 28 **Entlastungen vor Ort schaffen, Integration fördern**
- 29 Kommunen und Städte tragen die größte Verantwortung bei der Versorgung und
- 30 Unterbringung geflüchteter Menschen. Hier findet Integration konkret statt. Hier
- 31 muss sichtbar werden, dass diese Aufgabe leistbar ist.
- 32 Wir stehen bei der Bewältigung der Aufgaben für eine faire Lastenverteilung
- 33 zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dabei ist für uns zentral, dass die

Kommunen Planungssicherheit haben. Wir wollen, dass der Bund sich zuverlässig und solidarisch an der Finanzierung beteiligt. Daher braucht es langfristige Finanzzusagen. Das gilt insbesondere für die Kosten der Integrationsmaßnahmen und der Unterbringung. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Mittel auch dort ankommen, wo sie benötigt werden – nämlich vordringlich in den besonders belasteten Kommunen und Städten. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass dauerhaft Unterbringungsplätze vorgehalten werden, um bei Bedarf handlungsfähig zu sein, denn Gründe für Flucht werden uns auch in der Zukunft dauerhaft begleiten. Kurzfristig muss der Bund den Kommunen wo möglich unter die Arme greifen, indem er Liegenschaften des Bundes zur Verfügung stellt. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf kleinere und dezentrale Unterkünfte, in denen Teilhabe und Integration besser möglich ist. Menschen, die bereits Familienangehörige oder andere Anknüpfungspunkte haben, sollen bei ihnen oder in deren Nähe unterkommen können. Damit entlasten wir den Wohnungsmarkt und fördern die Integration von Beginn an. Der unbürokratische Umgang mit den Geflüchteten mit ukrainischer Staatsbürgerschaft hat gezeigt, wie so schnell Entlastung geschaffen werden kann. Wir unterstützen deshalb die Aufhebung der Wohnsitzauflage. Das Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir reformieren.

Unser Ziel in dieser Bundesregierung ist, eine echte Integrationsoffensive in das Zentrum unseres politischen Handelns der Migrationspolitik zu stellen. Wir investieren in Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt und stellen dadurch sicher, dass Migrant*innen sich schnell bei uns einleben und Geflüchtete zügig Teil der Gesellschaft werden. Für einen schnellen Zugang zu Integrations- und Sprachkursen müssen diese flächendeckend angeboten werden können. Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an Integrationskurse in den Blick, indem wir beispielsweise Kinderbetreuung anbieten und damit auch betreuenden Eltern die Teilnahme ermöglichen. Erst-Orientierungskurse müssen in ausreichender Zahl angeboten werden. Den wachsenden Bedarf an Schul- und Kitaplätzen zu decken, ist eine große Aufgabe für alle politischen Ebenen. Wir wollen an einer guten Ausstattung mit Lehrer*innen und Assistenzkräften, die als Sprach- und Integrationsmittler*innen unterstützen, arbeiten. Mit dem Kita-Qualitätsgesetz unterstützen wir seitens des Bundes die Kommunen. Einen frühzeitigen Zugang zum Gesundheitswesen wollen wir unbürokratisch gewährleisten. Solange dies noch nicht erfolgt ist, könnte zunächst an die positiven Erfahrungen einiger Länder angeknüpft werden, die eine Gesundheitskarte für Asylbewerber*innen eingeführt haben. So entlasten wir die Behörden und stärken die medizinische sowie psychotherapeutische Versorgung. All das kostet Geld, doch dieses Geld ist gut investiert und trägt dazu bei, dass Geflüchtete kürzer auf Sozialleistungen angewiesen sind und schneller erfolgreich am Arbeitsmarkt teilhaben können.

Moderne Strukturen für ein modernes Einwanderungsland und einen zukunftsfesten Arbeitsmarkt

Deutschland ist ein Einwanderungsland und sucht händierend nach Fach- und Arbeitskräften. Egal ob in der Industrie, der Wissenschaft, im Gesundheitswesen oder der Gastronomie, wir ermöglichen Zuwanderung gerade in diesen Branchen und stärken so unseren Wirtschaftsstandort. Viele Geflüchtete die arbeiten wollen,

79 dürfen das nicht oder treffen auf hohe, teils unüberwindbare Integrationshürden.
80 Das wollen wir ändern. Für die Wahrung unseres Wohlstands und die
81 Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, gerade auch der vielen
82 mittelständischen Unternehmen in Deutschland, liegt hier erhebliches Potenzial,
83 das wir heben wollen und müssen. Hinzu kommt: Ein frühzeitiger Zugang zum
84 Arbeitsmarkt sichert Teilhabe, fördert Integration und sorgt dafür, dass
85 Geflüchtete Steuern zahlen dürfen statt auf Leistungen angewiesen zu sein.
86 Deshalb wollen wir Arbeitsverbote aufheben. Verfahren zur Anerkennung von
87 Berufsabschlüssen und beruflichen Erfahrungen wollen wir vereinfachen und
88 beschleunigen, Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote ausweiten. Den
89 sogenannten Spurwechsel in die Arbeitsmigration wollen wir vereinfachen. Das neu
90 eingeführte Chancen-Aufenthaltsgesetz ist beispielgebend, weitere Reformen
91 müssen folgen. Mit der Novelle des Staatsangehörigkeitsgesetzes sowie dem
92 Fachkräfteeinwanderungsgesetz gehen wir in der Bundesregierung weitere
93 bedeutende Schritte.

94 Eine wichtige Ressource zur Entlastung der Verwaltung liegt in der Vereinfachung
95 von Verfahren. Indem wir sie modernisieren, entbürokratisieren, digitalisieren
96 und zwischen Bundesländern angleichen, sparen wir unnötige Arbeit ein und
97 schaffen dadurch zusätzliche Kapazitäten. Gleichzeitig helfen wir den
98 Schutzsuchenden: Sie bekommen schnell Gewissheit. Ein wichtiger Schlüssel dafür
99 liegt in der Verlängerung der Geltungsdauer für Visa zur Erwerbs- und
100 Bildungsmigration sowie der Dauer von Aufenthaltserlaubnissen. Darüber hinaus
101 müssen die Einwanderungs- und Ausländerbehörden sowie andere
102 Verfahrensbeteiligte, z.B. Verwaltungsgerichte, personell besser aufgestellt und
103 mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden.

104 **Sichere Wege für Flucht und Migration schaffen**

105 Wir wollen sichere und legale Wege zur Arbeitsmigration und Flucht stärken. Wir
106 brauchen jetzt eine Offensive für sichere und legale Migration. Wir setzen
107 deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit Staaten
108 außerhalb der EU, die vor allem Wege zur Bildungs- und Arbeitsmigration
109 eröffnen. Dafür werden wir auch die gesetzlichen Grundlagen der Visavergabe
110 modernisieren und vereinfachen. Die Visavergabeprozesse wollen wir
111 beschleunigen. Das schafft Planbarkeit – für die Betroffenen ebenso wie für die
112 Kommunen, ihre Behörden und die Menschen vor Ort.

113 Den Familiennachzug wollen wir stärken, vereinfachen und beschleunigen. Wir
114 wollen die Familienzusammenführung zu subsidiär Geschützten mit den GFK-
115 Flüchtlingen gleichstellen, den Geschwisternachzug gleichzeitig mit den Eltern
116 und beim Ehegattennachzug den Sprachnachweis erst nach Ankunft ermöglichen.
117 Damit tragen wir dem im Grundgesetz verankerten besonderen Schutz der Familie
118 Rechnung und fördern durch stabile Familienverhältnisse die Integration.
119 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres
120 Ehemanns oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel
121 erhalten können.
122 Unserer besonderen Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften sowie
123 besonders gefährdeten Afghan*innen und ihren Familien werden wir durch

124 humanitäre Aufnahme und konsequente Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms
125 gerecht. Sie sind auf Grund ihrer Arbeit etwa für die Bundeswehr, internationale
126 Organisationen oder ihres Einsatz für Menschenrechte in Gefahr. Es ist am
127 Bundesinnenministerium dafür zu sorgen, dass die Sicherheitsinterviews nun
128 aufgesetzt werden, damit das Bundesaufnahmeprogramm schnellstmöglich wieder
129 aufgenommen wird.

130 Wir setzen auf eine Politik der Humanität und Ordnung. Pauschalen Rufen nach
131 mehr Abschiebungen treten wir entgegen, diese haben nichts mit den tatsächlichen
132 Herausforderungen bei Aufnahme, Versorgung und Integration von Schutzsuchenden
133 zu tun. Mit tragfähigen Migrationsabkommen, die legale Wege der Zuwanderung
134 aufzeigen, soll auch die Rücknahmebereitschaft in den Herkunftsländern erhöht
135 werden. Die Zusammenarbeit mit den Herkunftstaaten muss partnerschaftlich und
136 auf Augenhöhe erfolgen und darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen
137 der Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden. Nicht jeder Mensch, der
138 zu uns kommt, kann bleiben. Aber jeder Mensch, der bei uns Schutz sucht, hat
139 Anrecht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung. Wer nach
140 sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie
141 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss
142 zügig wieder ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen.
143 Für uns hat die freiwillige Rückkehr Vorrang. Eine unverhältnismäßige
144 Verschärfung von Abschiebe- und Abschiebehaftregeln lehnen wir ab. Der
145 fortlaufenden Unsicherheit und Perspektivlosigkeit durch Kettenduldungen stellen
146 wir uns entgegen. Menschen, die bereits in der Gesellschaft verwurzelt sind,
147 müssen eine Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen.

148 Das Konzept der sicheren Herkunftstaaten finden wir falsch, denn es löst keine
149 Probleme. Was hilft, ist alle Asylverfahren zu beschleunigen und die Qualität
150 der Entscheidungen zu verbessern. Wir werden nicht mitmachen, wenn Staaten, die
151 systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen, als sicher eingestuft werden
152 sollen. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftstaaten lehnen
153 wir ab.

154 Den Rufen nach einer stetigen Verlängerung und Ausweitung von stationären
155 Kontrollen an den Binnengrenzen stellen wir uns entschieden entgegen. Sie stehen
156 dem Schengener Abkommen entgegen. Ein Europa ohne Schlagbäume ist ein
157 wesentlicher Grundpfeiler der europäischen Idee. Wir verteidigen das
158 Schengensystem gegen Angriffe. Binnengrenzkontrollen behindern die Freizügigkeit
159 und verursachen enorme wirtschaftliche Schäden. Gerade für die Menschen in den
160 Grenzregionen stellen die Kontrollen und damit verbundenen Staus und
161 Zugverspätungen eine enorme Belastung dar, ebenso wie für die eingesetzten
162 Polizist*innen. Gleichzeitig sind sie völlig ungeeignet, die Zahl der
163 Asylanträge zu reduzieren, da Schutzsuchende nicht zurückgewiesen werden dürfen.
164 Mobile und anlassbezogene Schwerpunktkontrollen können eine Möglichkeit sein, um
165 beispielsweise gegen Menschenhandel vorzugehen.

166 **Ein starkes Europa der Menschenrechte**

167 Gemeinsam stehen wir für den Schutz von Menschenrechten, eine rechtebasierte und
168 lösungsorientierte Flüchtlingspolitik und eine handlungsfähige Europäische

169 Union, die sich an diesen Werten orientiert. Dafür treten wir auch bei der
170 europäischen Gesetzgebung ein. Wir stehen zu unseren völkerrechtlichen
171 Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen
172 Menschenrechtskonvention, der UN-Kinderrechtskonvention, der UN-
173 Behindertenrechtskonvention und dem internationalen Seerecht. Wir stellen uns
174 entschieden Versuchen entgegen, diese historischen Errungenschaften zu
175 beschneiden. Wir stehen für eine individuelle und inhaltliche Prüfung des Rechts
176 auf Asyl in der EU. Die Rechte von geflüchteten Frauen, LSBTIQ* und anderen
177 vulnerablen Gruppen müssen gewahrt und ihre besonderen Bedarfe berücksichtigt
178 werden.

179 Die derzeitige Lage an den europäischen Außengrenzen ist unhaltbar. Dabei kann
180 es nicht bleiben. Deshalb waren wir im Europäischen Rat zu sehr schwierigen
181 Verhandlungen rund um eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems
182 (GEAS) bereit – in einem sehr komplexen Umfeld mit weit auseinandergehenden und
183 vielen restriktiven Positionen zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten.
184 Wir haben gemeinsam für eine Lösung in dieser schwierigen Situation gekämpft, um
185 Humanität und Ordnung zu erreichen.

186 In der Einigung im Innenministerrat gibt es Verbesserungen, die ohne unseren
187 Einsatz in den Verhandlungen nicht zustande gekommen wären, zum Beispiel, dass
188 unbegleitete Minderjährige von den Grenzverfahren ausgeschlossen werden müssen
189 oder die Verbesserung des Zugangs zu Rechtsberatung. Außerdem muss es weiterhin
190 eine Verbindung zu einem sicheren Drittstaat geben, für die nach einem Jahr eine
191 Überprüfungsklausel verabredet wurde. Antragsteller*innen dürfen demnach nur in
192 einen Drittstaat überstellt werden, wenn sie beispielsweise dort bereits gelebt
193 oder Familie haben.

194 Erstmals soll es jetzt in der EU einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus
195 geben und Geflüchtete sollen verbindlicher registriert werden. Zwar ist die
196 Aufnahme von Geflüchteten nicht verpflichtend, die Teilnahme an dem Mechanismus
197 dagegen schon. In Zukunft sollen jedes Jahr mindestens 30.000 Geflüchtete
198 umverteilt werden, abgesichert über sogenannte "Dublin-Offsets". Darüber hinaus
199 werden wir weiterhin dafür eintreten, dass es eine verbindlichere Verteilung
200 gibt. Wir treten dafür ein, dass Deutschland mit gutem Beispiel vorangeht und
201 mindestens seinen Beitrag im Sinne des "Fair Share" leistet. Gleichzeitig konnten
202 zentrale Punkte noch nicht erreicht werden, wie zum Beispiel eine grundsätzliche
203 Ausnahme für Familien mit Kindern in Grenzverfahren. Trotzdem haben wir
204 verteidigen können, dass die Freiheit von Kindern nur in sehr eng definierten
205 Ausnahmefällen beschränkt werden darf. Zudem kommen Verschärfungen der aktuellen
206 Rechtslage hinzu. Die Dublinfristen wurden verlängert, auch wenn der
207 Verhandlungsstand auf Druck der Grenzstaaten und mit deutscher Unterstützung
208 noch einmal verbessert wurde. Daneben müssen Antragsteller*innen nach der
209 Ablehnung in Grenzverfahren verpflichtend bis zu 12 Wochen in ein
210 Rückführungsgrenzverfahren kommen. Obwohl verhindert werden konnte, dass
211 Mitgliedstaaten Menschen aus Staaten mit einer hohen Anerkennungsquote pauschal
212 in Grenzverfahren nehmen müssen, schmerzt uns die Tatsache, dass die
213 Drittstaatenregelung ausgeweitet wurde - dadurch kann sich die Situation auch

214 für sie verschlechtern, weil ihre Anträge als unzulässig abgelehnt werden
215 können.

216 Es handelt sich deshalb sicher nicht um einen "historischen Erfolg", wie es etwa
217 Bundesinnenministerin Nancy Faeser formuliert hat. Die erzielte Einigung kann
218 zentrale Anforderungen nicht erfüllen, die wir an eine Asylpolitik der Humanität
219 und Ordnung stellen – gerade weil sie im EU-Kontext vieler restriktiverer
220 Mitgliedstaaten nicht durchsetzbar waren. Wir sehen das europapolitische
221 Dilemma, denn die europäische Asylpolitik braucht maßgebliche Verbesserungen,
222 für die es keine Mehrheiten gibt. Der Ratsbeschluss wäre ohne unseren Einsatz,
223 gerade von grünen Regierungsmitgliedern, ein schlechterer gewesen. Doch er
224 enthält auch substantielle Verschärfungen, die wir aus asylpolitischer Sicht
225 falsch finden. Wir zollen den unterschiedlichen Einschätzungen Respekt und
226 stehen fest zusammen beim gemeinsamen Vorhaben, weiterhin mit aller Kraft für
227 eine Verbesserung der Situation für Schutzsuchende um und in Europa zu kämpfen.
228 Denn klar ist: Die Situation der Menschen, die in Europa Schutz suchen, muss
229 deutlich besser werden.

230

231 Im weiteren Verfahren im Trilog zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und
232 der Kommission setzen wir uns daher - im Wissen um die schwierige
233 Verhandlungssituation in Europa - für Verbesserungen ein. Unter anderem sind
234 folgende Kriterien für uns wichtig: dass Familien mit Kindern grundsätzlich
235 nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur Durchführung
236 von Grenzverfahren verpflichtet werden. Wir wollen ein effektives
237 Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen und eine verbindliche Verteilung in
238 den Mitgliedsstaaten. Dafür werden wir in enger Abstimmung zwischen
239 Europafraktion, Bundestagsfraktion, Bundespartei und Regierungsmitgliedern
240 kämpfen. Auch das Ergebnis werden wir gemeinsam bewerten. Unsere jeweiligen
241 Positionierungen zu den Rechtsakten werden wir davon abhängig machen, ob unter
242 dem Strich Verbesserungen in der Europäischen Asylpolitik und auch für Europa
243 stehen.

244 Die Rechte von Menschen zu beschneiden, die durch autoritäre Staaten
245 instrumentalisiert werden, lehnen wir ab. Stattdessen muss es mehr europäische
246 Solidarität in Krisensituationen geben. Dafür setzen wir uns bei den
247 Verhandlungen zur Krisenverordnung ein. In Krisensituation wollen wir Menschen
248 in Not helfen und nicht ihre Rechte beschränken. Die Massenzustromrichtlinie hat
249 sich bewährt.

250 **Geordnete Verfahren und europäische Solidarität verteidigen**

251 Eine faire und gesteuerte Verteilung kann nur gelingen, wenn Menschen
252 zuverlässig bei der Einreise registriert werden. Wir müssen wissen, wer zu uns
253 kommt. Damit wollen wir auch verhindern, dass Menschen ausgebeutet oder
254 entrechtet werden. Eine Verteilung von Geflüchteten kann nur funktionieren, wenn
255 sich einzelne Mitgliedstaaten nicht einfach entziehen können. Dazu gehört auch,
256 dass Verfahren fair und zügig durchgeführt, menschenrechtskonforme
257 Lebensbedingungen sichergestellt und Weiterreisen ohne vorherige Registrierung
258 in andere europäische Länder vorgebeugt wird. Alle Mitgliedsstaaten müssen ihren

259 fairen Beitrag leisten. Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei
260 keine Kompensation. Mitgliedstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete
261 aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell entlastet werden. Sie müssen aber auch
262 für ihre Verantwortung in die Pflicht genommen werden. Die Finanzierung der
263 libyschen Küstenwache, die sich an Menschenrechtsverstößen und an Schlepperei
264 beteiligt, muss ein Ende finden.

265 Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin falsch. Bestrebungen
266 die Kriterien für die Einstufung sicherer Drittstaaten aufzuweichen, treten wir
267 entgegen. Asylanträge von Menschen, die über einen Drittstaat in die EU
268 einreisen, dürfen nicht einfach als unzulässig abgelehnt oder die Betroffenen
269 einfach zurückgeführt werden – gerade wenn sie keine klare Verbindung, etwa
270 berufliche oder familiäre Bezüge, zu diesem Land haben und nicht sichergestellt
271 werden kann, dass sie dort entsprechend der Standards der Genfer
272 Flüchtlingskonvention in Sicherheit sind. Die Verankerung eines starken
273 Verbindungselements ist daher von großer Bedeutung. Die rechtliche Ausgestaltung
274 muss so erfolgen, dass die Regelung auch in der Praxis wirksam und justiziabel
275 ist. Das Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und
276 europarechtlich verbriefte Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall.

277 **Das Leid an den Außengrenzen beenden, Seenotrettung sichern**

278 Die aktuelle Situation an den Außengrenzen ist nicht akzeptabel. Unser Ziel ist
279 es daher, das Leid schnellstmöglich zu beenden. Wir nehmen nicht hin, dass
280 Menschen und sogar Kinder unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern
281 verharren und keinen Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren haben. Die Versorgung
282 mit medizinischen Gütern, psychologischer Betreuung und Lebensmitteln sowie der
283 Zugang zu Sozial- und Rechtsberatung und Bildungseinrichtungen müssen stets
284 sichergestellt sein. Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit
285 Zugang zu den Geflüchteten und den Grenzregionen. Der illegalen Praxis von
286 Pushbacks muss entschieden begegnet werden. Wir fordern die Europäische
287 Kommission auf, gegenüber Mitgliedstaaten einzuschreiten, die diese
288 rechtswidrige Praxis anwenden. Gleichzeitig muss ein wirksames, unabhängiges
289 Menschenrechtsmonitoring dazu beitragen, dass rechtsfreie Räume an den Grenzen
290 in Europa der Vergangenheit angehören. Die umfassende parlamentarische Kontrolle
291 der EU-Agenturen und der Finanzierungsinstrumente für die externe
292 Migrationspolitik müssen sichergestellt sein.

293 Wir wollen die europäische Seenotrettung stärken und das Sterben im Mittelmeer
294 beenden. Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu
295 überqueren. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Seenotrettung ist eine
296 völkerrechtliche Pflicht. Wir treten weiter für eine zivile, flächendeckende und
297 europäische Seenotrettung ein. Es braucht endlich eine europäische Initiative
298 für eine staatlich koordinierte Seenotrettung. Die europäischen Staaten sind
299 gemeinsam dafür verantwortlich, dass zivile Seenotrettungsorganisationen
300 gefahrlos ihre Einsätze absolvieren können und dabei unterstützt werden. Durch
301 die Behinderung ihrer Arbeit, lange Fahrtwege und Spendeneinbrüche stehen die
302 Seenotrettungsorganisationen auch finanziell unter Druck. Deswegen treten wir –
303 neben unserem Einsatz für die Organisation einer staatlich organisierten

304 Seenotrettung – für die Verbesserung der staatlichen, unter anderem
305 finanziellen, Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wir wollen verhindern,
306 dass gemeinnützige Hilfsorganisationen aufgrund von finanziellen Engpässen nicht
307 retten können, während täglich mehr Menschen ertrinken.

308 Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den nächstgelegenen sicheren Hafen
309 anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und versorgt werden können. Ein
310 Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert und Seenotrettung nicht
311 kriminalisiert werden. Die von Seenotrettungsschiffen aufgenommenen Menschen
312 müssen die Möglichkeit auf eine inhaltliche Überprüfung ihres Schutzanliegens
313 haben.

314 **Fluchtursachen bekämpfen**

315 Kernaufgabe bleibt es, die Ursachen für Flucht und Vertreibung anzugehen. Wir
316 verfolgen eine Außenpolitik, die Diplomatie und Prävention von Konflikten in den
317 Mittelpunkt stellt. Wir orientieren uns an den Bedürfnissen von Menschen, die
318 wegen Konflikten oder Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen. Die meisten von
319 ihnen suchen Schutz in ihrem eigenen Land oder in Nachbarstaaten. Hier muss
320 Europa handeln. Eine effektive und gut ausgestattete humanitäre Hilfe,
321 Krisenprävention und Stabilisierung sind ebenso ein Schlüsselfaktor wie
322 Entwicklungszusammenarbeit und die geregelte Aufnahme Geflüchteter. So können
323 wir verhindern, dass Menschen sich auf gefährliche Fluchtrouten und in die Hände
324 von Menschenschmugglern begeben müssen.

325 Eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit kann einen Beitrag dazu leisten,
326 Gesellschaften zu stabilisieren und Menschen eine wirtschaftliche und soziale
327 Perspektive in ihrer Heimat zu geben. Sie an die Kooperation bei
328 Migrationsfragen zu knüpfen, wie es Markus Söder fordert, schafft eher
329 Fluchtgründe. Wir lehnen dies ab.

Begründung

An den Antrag V-01 wurden durch den Bundesvorstand, aufgrund der neuen Entwicklungen zur GEAS-Reform Änderungsanträge gestellt und übernommen. Damit die Lesbarkeit des Antrages erhalten bleibt, wurde der Antragstext ab Zeile 145 geändert und teilweise umgestellt. Der so modifizierte Antrag des Bundesvorstandes wurde als dieser Antrag V-01-NEU hochgeladen.